

Compliance- Organisation und Wertpapierdienst- leistungsgeschäft

Revisionsleitfaden für Wertpapierdienstleister

Erarbeitet im Arbeitskreis
„Revision des Wertpapiergeschäftes“
im Deutschen Institut für Interne Revision e. V.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3 503 07039 7

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2003

www.erich-schmidt-verlag.de

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek
und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit
und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: Peter Wust, Berlin

Druck und Bindung: Bitter, Recklinghausen

Vorwort

Der Leitfaden für die Prüfung der Compliance-Organisation und des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes der Kreditinstitute – aus Sicht der Innenrevision ist das Ergebnis intensiver Beratungen des Arbeitskreises

„Revision des Wertpapiergeschäftes“

im Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (IIR), Frankfurt/Main.

Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus den Revisionen unterschiedlicher Institute des Bankenbereiches, der Sparkassenorganisation und dem Bereich der Volksbanken- und Raiffeisenorganisation; sie repräsentieren somit einen Querschnitt durch die Rechts- und Organisationsformen der Deutschen Kreditwirtschaft.

Dem Revisor wird mit diesem Leitfaden ein Werkzeug an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe er – unter Zugrundelegung der jeweiligen Organisationsform, des Geschäftsvolumens und der DV-technischen Hilfsmittel des eigenen Hauses – die Prüffelder in den Bereichen der Compliance-Organisation und des Wertpapierdienstleistungsgeschäftes systematisch prüfen kann.

Dieser Leitfaden kann und soll eigene Überlegungen des Revisors zu den einzelnen Prüffeldern, dem rationellen Vorgehen und der erforderlichen Tiefe bei der jeweiligen Prüfung nicht ersetzen. Dem veränderten Verständnis an eine zeitgemäße Revision entsprechend, unterstützt er die beratende Funktion des Prüfers gegenüber den geprüften Fachbereichen und dem Management.

Dem Arbeitskreis unter der Leitung von

Wolfgang Nübel, Wiesbaden

sowie

Isabell Dietzel, Frankfurt
Ewald Fettes, Saarbrücken
Hans-Joachim Günther, Bonn
Rainer Hahn, Wiesbaden
Ingmar Heil, Essen
Petra Hess, Frankfurt
Stefan Hofmann, Frankfurt
Melanie Höhler, Bad Homburg
Thomas Hornung, Frankfurt
Sandra Illig, Stuttgart
Michael Koch, Pforzheim
Thomas Peter, Stuttgart

Theodoros Poulharidis, Stuttgart
Michael Roth, Frankfurt
Holger Wille, Frankfurt
Roland Wurm, Frankfurt

und den zwischenzeitlich ausgeschiedenen Arbeitskreismitgliedern sprechen wir für die geleistete Arbeit unseren Dank aus. Unser Dank gilt auch den Kreditinstituten, die durch die Mitwirkung ihrer Mitarbeiter die Erstellung dieser Broschüre gefördert und ermöglicht haben.

Frankfurt am Main, im Mai 2002

DEUTSCHES INSTITUT FÜR INTERNE REVISION E.V. (IIR)
Für den Herausgeber

Dipl. Kfm. Hubertus M. Buderath
(Sprecher des Vorstandes)

Wolfgang Glaab
(Mitglied des Vorstandes)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
A Einleitung	17
B Mitarbeiterleitsätze	19
1. Historie	19
1.1 Entwicklung seit 1980	19
1.2 Frühere Ansätze	19
2. Zielsetzung und Einbettung in die Compliance-Organisation	20
2.1 Interessenkollisionen (Mitarbeiter – Kunden – Kreditinstitute)	20
2.2 Umsetzung europäischer Normen in deutsches Recht .	20
2.3 Neuer Rechtsrahmen durch das WpHG	21
2.4 Aufsichtsrechtliche Ergänzung durch die Mitarbeiterleitsätze	22
2.5 Auslagerungen	22
2.6 Zweigniederlassungen	23
2.6.1 Inländische Zweigniederlassungen ausländischer Institute	23
2.6.2 Ausländische Zweigniederlassungen eines inländischen Institutes	23
3. Definition der Mitarbeiter/Mitarbeitergeschäfte	23
3.1 Mitarbeitergeschäfte	23
3.2 Mitarbeiter	24
3.2.1 Grundsätzliche Regelung	24
3.2.2 Geschäftsinhaber/Organe	24
3.3 Mitarbeiter mit besonderen Funktionen	24
3.4 Ein-Personen-Unternehmen	25
4. Compliance-Stelle	25
5. Allgemeine Bestimmungen für alle Mitarbeiter	26
5.1 Grundsatz	26
5.1.1 Gleichstellung Kunde – Mitarbeiter	26
5.1.2 Einschränkungen des Grundsatzes	27

5.2	Mitarbeitergeschäfte im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Mitarbeiter	27
5.2.1	Vermögensanlage	27
5.2.2	Geschäfte auf Kredit	27
5.3	Disposition gegen Institutsbestände oder gegen Kundenorders	28
5.4	Ordererteilung	28
5.5	Repartierungen	28
5.6	Kurse und Bedingungen	29
5.6.1	Geschäfte zu nicht am Marktpreis orientierten Bedingungen	29
5.6.2	Vorteilverschaffung für Dritte	29
5.7	Keine Beteiligung an Geschäften im Drittinteresse ...	29
5.8	Konto- und Depotführung	29
5.8.1	Konten/Depots bei Drittinstituten	29
5.8.2	Offenlegung von Konto- und Depotverbindungen und Umsätzen	30
6.	Ergänzende Bestimmungen für Mitarbeiter mit besonderen Funktionen	21
6.1	Konto- und Depotführung für Mitarbeiter mit besonderen Funktionen	31
6.1.1	Konten/Depots bei Drittinstituten	31
6.1.2	Offenlegung der Umsätze	32
6.1.2.1	Übersenden von Zweitschriften	32
6.1.2.2	Anzeige getätigter Mitarbeitergeschäfte in Verbindung mit einer Vollständigkeitserklärung	32
6.1.3	Vollmachten	33
6.2	Investmentclubs oder vergleichbare Vereinigungen ...	33
6.3	Handelsverbote und Haltefristen	34
7.	Laufende Kontrolle der Mitarbeitergeschäfte	34
8.	Nachprüfbarkeit	35
9.	Zuständigkeiten	35
10.	Hinweise zur Prüfung	35
C	Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)	37
1.	Aufgaben des Bundesaufsichtsamtes für den Wertpapierhandel (BAWe)	37
1.1	Gesetzliche Grundlage	37
1.2	Erweiterung der Aufgaben durch die 6. KWG-Novelle und das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz	38
1.3	Tätigwerden ausschließlich im öffentlichen Auftrag ...	38

1.4	Die Verfolgung und präventive Bekämpfung von Insider-Geschäften	38
1.4.1	Meldung der Geschäfte in Wertpapieren und Derivaten	38
1.4.1.1	Tägliche Meldung	38
1.4.1.2	Meldepflichtige Geschäfte	38
1.4.2	Gesamtdarstellung des Meldewesens gem. § 9 WpHG	39
1.5	Die Überwachung der Ad-hoc Publizität der börsennotierten Unternehmen	39
1.6	Die Überwachung der Publizität bei Transaktionen über bedeutende Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen	39
1.6.1	Umsetzung der EG-Transparenzrichtlinie	39
1.6.2	Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten börsennotierter Gesellschaften	39
1.7	Die internationale Zusammenarbeit bei Fragen der Beaufsichtigung des Wertpapierhandels	40
2.	Meldewesen gemäß § 9 WpHG	40
2.1	Historie	40
2.2	Meldepflichtige Institute und Unternehmen	41
2.3	Meldepflichtige Geschäfte	41
2.4	Inhalt der Meldungen	42
2.4.1	Bezeichnung des Wertpapiers oder Derivats und Wertpapierkennnummer	43
2.4.2	Datum und Uhrzeit	43
2.4.3	Kurs, Stückzahl, Nennbetrag der Wertpapiere bzw. Derivate	44
2.4.4	Meldung der Beteiligten	44
2.4.5	Kennzeichnung des Geschäftes	44
2.4.6	Zusammenfassungen von Meldungen	45
2.4.7	Fehlerhafte Meldungen	45
2.5	Übermittlung der Meldungen	45
2.5.1	Übermittlungsmedium	46
2.5.2	Mitteilung über Dritte	46
2.5.3	Mitteilung von Dritten	46
3.	Insiderregelungen gemäß §§ 12–14 und 38 WpHG	47
3.1	Geschichtliche Entwicklung	47
3.1.1	Gesetzliche Grundlage	48
3.1.2	Grundsätze	48
3.2	Das neue Insiderrecht	48
3.2.1	Begriffsbestimmungen	48
3.2.1.1	Insider	49
3.2.1.1.1	Primärinsider	49
3.2.1.1.2	Sekundärinsider	49
3.2.1.2	Insiderinformation	49
3.2.1.2.1	Tatsache	49
3.2.1.2.2	Nicht öffentlich bekannte Tatsache	50

3.2.1.2.3	Informationsbezug	50
3.2.1.2.4	Eignung zur erheblichen Kursbeeinflussung	50
3.2.1.2.5	Ausschlussstatbestand	51
3.2.1.2.6	Insiderpapiere	51
3.2.2	Die Insiderhandlung	52
3.2.2.1	Verbotstatbestand für Primärinsider	52
3.2.2.2	Verbotstatbestand für Sekundärinsider	52
3.2.2.3	Ausnahmen	52
3.2.2.4	Insidertatsachen versus Geschäfts-/Privatgeheimnis sowie Landes-/Bundesdatenschutzgesetz	52
3.3	Problemfälle	53
3.3.1	Problemfälle in der Kunden-/Anlageberatung	53
3.3.2	Problemfälle in der Vermögensverwaltung	53
3.3.3	Problemfälle im Handel	54
4.	Ad-hoc Mitteilungen gemäß § 15 WpHG	55
4.1	Historie	55
4.1.1	Transformierung der EG-Börsenzulassungs-Richtlinie in deutsches Recht	55
4.1.2	Neuregelung durch § 15 WpHG	55
4.2	Regelungen nach § 15 Absatz 1 WpHG	57
4.2.1	Mitteilungspflichtiger	57
4.2.2	Mitteilungspflichtige Tatsache	57
4.2.2.1	Meinung oder Wertung	58
4.2.2.2	Marktinformationen	58
4.2.2.3	Erhebliche Beeinflussung des Börsenpreises	58
4.2.2.3.1	Beeinflussung des Börsenpreises durch Auswirkungen auf die Finanz- oder Vermögenslage oder den allgemeinen Geschäftsverlauf des Unternehmens	58
4.2.2.3.2	Feste Prozentsätze	58
4.2.2.3.3	Übliche Volatilitäten als Basis	59
4.2.2.4	Sonderregelungen für Schuldverschreibungen	59
4.2.3	Befreiung von der Publizitätspflicht	59
4.3	Verfahren der Ad-hoc Publizität	59
4.3.1	Vor Veröffentlichung	59
4.3.1.1	Information der betreffenden Börse	59
4.3.1.2	Information des Bundesaufsichtsamtes (BAWe)	60
4.3.2	Veröffentlichung der meldepflichtigen Tatsachen	60
4.3.2.1	Information des Anlegerpublikums	60
4.3.2.2	Herstellung der Bereichsöffentlichkeit	60
4.4	Gemeinsame Erläuterungen des BAWe und der Deutsche Börse AG zur Publizitätspflicht	60
4.4.1	Exemplarische Aufzählung prüfungsrelevanter Tatsachen	61
4.4.1.1	Veränderungen der Vermögens- oder Finanzlage	61
4.4.1.2	Veränderungen im allgemeinen Geschäftsverlauf	61
4.4.2	Exemplarische Aufzählung erfolgter Ad-hoc Meldungen	62
4.4.3	Einzelfälle	63

4.4.3.1	Erwerb eigener Aktien	63
4.4.3.2	Ad-hoc Publizität bei Gewinnwarnungen	63
5.	Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten bei Veränderungen des Stimmrechtsanteils an börsennotierten Gesellschaften	64
5.1	Historie	64
5.2	Regelungszweck	65
5.3	Mitteilungspflichten des Meldepflichtigen	66
5.3.1	Allgemeines/Tatbestand	66
5.3.2	Definitionen	66
5.3.2.1	Meldepflichtiger	66
5.3.2.2	Arten des Erwerbs	66
5.3.2.3	Zeitpunkt der Meldung	67
5.3.2.4	Adressat der Mitteilung	67
5.3.2.5	Definition der börsennotierten Gesellschaft	67
5.3.3	Umfang der Meldepflichten	67
5.3.3.1	Einbeziehung mittelbar gehaltener Bestände	67
5.3.3.2	Besondere Auslöser der Meldepflicht	68
5.3.3.3	Mitteilungspflichten im Zusammenhang mit § 23 WpHG	68
5.3.4	Zurechnung von Stimmrechten	68
5.3.4.1	Grundlagen der Zurechnung (§ 22 WpHG Abs. 1)	68
5.3.4.2	Kontrolliertes Unternehmen (§ 22 Abs. 2 und 3 WpHG)	69
5.3.5	Berechnung der Stimmrechtsanteile	69
5.3.6	Nichtberücksichtigung von Stimmrechten	70
5.3.7	Inhalt der Meldungen	70
5.4	Veröffentlichungspflichten der börsennotierten Gesellschaft	71
6.	Verhaltensregeln für Wertpapierdienstleistungsunternehmen	72
6.1	Historie	72
6.2	Allgemeine Verhaltensregeln – § 31 WpHG	74
6.3	Besondere Verhaltensregeln – § 32 WpHG	74
6.4	Richtlinie des BAWe zur Konkretisierung der §§ 31 und 32 WpHG	75
6.4.1	Anwendungsbereich	76
6.4.2	Allgemeine Informationen	76
6.4.3	Kundenangaben und Mitteilung zweckdienlicher Informationen	76
6.4.3.1	Einholung von Kundenangaben	77
6.4.3.2	Aufklärung des Kunden	78
6.4.4	Pflichten bei Erbringung der Wertpapierdienstleistung	80
6.4.5	Verbotene Geschäfte nach § 32 WpHG	81
6.5	Organisationspflichten (§ 33 WpHG)	83
6.5.1	Gesetzliche Organisationspflichten	83

6.5.2	Richtlinie des BAWe zur Konkretisierung der Organisationspflichten gemäß § 33 Abs. 1 WpHG	83
6.6	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (§ 34 WpHG)	85
6.7	Verwahrung der Kundengelder nach § 34 a WpHG	86
6.8	Überwachung der Verhaltensregeln (§ 35 WpHG)	86
6.9	Sonstiges	87
6.9.1	Prüfung der Meldepflichten und Verhaltensregeln	87
6.9.2	Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitglieds-/Vertragsstaat	88
6.9.3	Werbung der Wertpapierdienstleistungsunternehmen	88
6.9.4	Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland	88
6.9.5	Ausnahmen	88
6.9.6	Verjährung von Ersatzansprüchen	89
7.	Straf- und Bußgeldvorschriften	89
7.1	Historie	89
7.2	Straf- und Bußgeldbestimmungen im WpHG	90
7.3	Strafvorschriften (§ 38 WpHG)	90
7.4	Bußgeldvorschriften (§ 39 WpHG)	91
7.5	Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen (§ 130 OWiG)	92
D	Die Compliance-Organisation	95
1.	Grundlage für die Schaffung einer Compliance – Organisation in Wertpapierdienstleistungsunternehmen	95
1.1	Wertpapierhandelsgesetz	95
1.2	Mitarbeiterleitsätze	95
1.3	Konkretisierung der Organisationspflichten	95
2.	Aufgaben der Compliancestelle	96
2.1	Überwachungsfunktion	96
2.2	Organisation der Vertraulichkeitsbereiche/Chinese Walls	97
2.2.1	Festlegung der Vertraulichkeitsbereiche	97
2.2.2	Funktion der Vertraulichkeitsbereiche	97
2.3	Schaffung von Compliance-Richtlinien sowie die Weiterentwicklung der Compliance-Organisation	98
2.4	Zusammenarbeit mit dem BAWe	98
2.5	Berichterstattung an den Vorstand (Geschäftsleitung)	98
2.5.1	Mindestinhalt	98
2.5.2	Zusatzinformationen	99
2.6	Weitere Aufgaben	99
3.	Organisation	99
3.1	Aufbauorganisation	100

3.1.1	Personelle Ausstattung der Organisationseinheit	101
3.1.1.1	Qualitative Voraussetzungen	101
3.1.1.2	Quantitative Voraussetzungen	102
3.1.2	Sachmittelausstattung/Technische Ausstattung der Stelle	102
3.2	Ablauf-/Prozessorganisation	102
4	Beschwerdemanagement	103
4.1	Grundlagen	103
4.2	Aufgabenstellung der Compliance-Stelle im Rahmen eines aktiven Beschwerdemanagements	104
E	Checkliste zur Prüfung der Compliance-Organisation, der Mitarbeiterleitsätze und den Bestimmungen des WpHG . .	105
F	Literaturverzeichnis	141